

Avanti ²

Theoriebeilage

Spanien 1936
von
Daniel Minvielle

ISO Rhein-Neckar

STREIKEN! GEGEN ABBAU & AUFRÜSTUNG



INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		
01 STREIKEN STATT KUNGELN Nein zu Abbau und Aufrüstung!	Liebe Leserinnen und Leser, der Hitzesommer hat in der BRD laut RKI (Stand 13.08.26) bisher 12.500 – vor allem älteren – Menschen das Leben gekostet. Sie sind Opfer der Folgen der kapitalistischen Profitmaximierung und der ihr dienenden Regierungspolitik. Dies ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie dringend eine Systemänderung ist – hin zu Verhältnissen, die nicht nur das Überleben, sondern ein gutes Leben für alle ermöglichen. Die im September anstehenden Proteste gegen Aufrüstung, Krieg und „Wehrdienst“, gegen Rechtsruck sowie Arbeitsplatz- und Sozialabbau können das politische Klima verbessern. Aber: „Ohne Streik wird sich nichts ändern“. Vor allem um die genannten Themen geht es in dieser Septemбераusgabe von <i>Avanti</i> ². In der Theoriebeilage veröffentlichen wir Daniel Minvielles überzeugende Analyse „Spanien, Juli 1936 – Faschismus oder soziale Revolution“. Wir hoffen auf Euer Interesse und auf ein baldiges Wiedersehen!	07 GEGENWEHR STÄRKEN Frischer Wind aus Untertürkheim
EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP		08 SOZIALSTAATSRETTETTER DGB: Was nun?
02 KAPITALISMUS Kurz & Knapp?		ISO / IV. INTERNATIONALE
SEITE DREI		09 GENERALANGRIFF 2026 Unser Infoabend im Juli
03 STREIKEN STATT KUNGELN Nein zu Abbau und Aufrüstung!		10 „LAND UND FREIHEIT“ Spanische Lehren für heute?
ANTIKRIEGSTAG		11 KRIEG ODER FRIEDEN Unser Sommerseminar
04 KRIEGSTREIBER STOPPEN Was tun?		RÜCKBLENDE / TERMINE
KLASSENKAMPF VON OBEN		12 SCHAUPROZESS 1936 Terror ohne Ende?
05 PUTSCH DER MILLIARDÄRE 2.0 Das globale Drehbuch		12 TERMINE Veranstaltungen
ARBEITSWELT		THEORIEBEILAGE
06 „GERECHTIGKEIT ERKÄMPFEN“ Wie geht das bei BR-Mobbing?	Eure Redaktion	01 GEGEN FASCHISMUS Spanien 1936
	Titelbild: Grafische Gestaltung: A².	

Militärausgaben

R. S.

Weltweit wurden 2025 2,9 Billionen US-\$ für Militär ausgegeben. Das sind pro Tag 8 Milliarden US-\$ oder 331.050.228 US-\$ pro Stunde. Die USA zahlten hiervon 954,4 Mrd. \$, die BRD 113,6 Mrd. \$ (Platz 4 der Militärausgaben). Die Kosten pro Einwohner: Israel 5.006 \$, USA 2.734 \$, Saudi-Arabien 2.366 \$, BRD 1.358 \$, Russland 1.328 \$. (Quellen: Statista, 20.05.2026 und Tagesschau, 27.04.2026.) ■

Werftenblockaden in Kiel

R. S.

Der Kriegsschiffhersteller TKMS verzeichnet einen Auftragsboom. Die Kieler TKMS-Werft ist bis in die 2040er Jahre voll ausgelastet und soll erweitert werden. Von TKMS gefertigte Korvetten waren für Israel im Einsatz vor Gaza. Antimilitaristische Gruppen protestierten mit Werftenblockaden am 3. August 2026 gegen die zunehmende Aufrüstung. (Quelle: FR, 4.8.2026.) ■

Streiken statt kungeln! Abbau und Aufrüstung stoppen!

O. G.

Mit ihrem Generalangriff auf die sozialen Sicherungssysteme verschärft die Regierung Merz-Klingbeil die enorme Ungleichheit noch mehr. Die Abbaupolitik von Konzernen zerstört jeden Monat tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Profite der Konzerne und die Vermögen der Hyperreichen bleiben unangetastet. Die Armut wächst hingegen weiter. Wo bleibt da der gewerkschaftliche Widerstand?

Die Ziele der Regierung Merz/Klingbeil werden immer klarer. Ihre „Agenda 2030“ bedeutet einerseits noch mehr Aufrüstung, noch weniger Klimaschutz, massiven Sozialabbau, radikale Angriffe auf Arbeitsgesetze und Tarifverträge, noch weniger Asylrecht und noch mehr Rassismus. Andererseits hat sie weitere Entlastungen für Unternehmen und noch mehr Vorteile für Hyperreiche zur Folge.

Gutes Leben statt Profitgier

Kurzum: Es geht um den bisher massivsten Angriff auf die Sozialsysteme, die Gewerkschaften und die arbeitende Klasse. Diese Politik ordnet Arbeit, Leben und Umwelt eiskalt den kurzfristigen Profitinteressen des Kapitals unter.

Staatliche Sozialleistungen sollen nur noch eine „Grundversorgung“ bieten. Wer mehr will, muss privat vorsorgen. Das Gesundheitssystem etwa wird massiv weiter zerstört. Statt des Ausbaus der Prävention auch in der Arbeitswelt und einer allgemeinen Daseinsvorsorge gefährdet die Regierungspolitik zunehmend Gesundheit und Leben der großen Mehrheit.

Der massive Abbau von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie und anderen Branchen kann nur durch eine umfassende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich verhindert werden. Stattdessen flankiert die Regierung die brutale Konzernpolitik mit der Ausweitung prekärer Beschäftigung auf vier Jahre. Zudem will sie die historische Errungenschaft des 8-Stundentags abschaffen und Arbeitszeiten von 13-Stunden am Tag ermöglichen.

„Kanonen statt Butter“?

Wie schon bei der „Agenda 2010“ gehen die „Reformen“ nur zu Lasten der arbeitenden Menschen und der Armen. Die Wiederinkraftsetzung der im Grundgesetz vorgeschriebenen Vermögenssteuer ist hingegen nicht vorgesehen.

Die Krisen des kapitalistischen Weltsystems führen zu verschärften globalen Konflikten um Rohstoffe, Märkte und geopolitischen Einfluss. Die herrschende Politik wird immer mehr von libertären und autoritären Positionen geprägt. Diese sehen keinen Spielraum mehr für Klimaschutz, Sozialstaat, Grund- und Menschenrechte oder Arbeitsgesetze im Interesse der Beschäftigten vor.

Den von Putin begonnenen Ukraine-Krieg nutzt die Regierung als Vorwand, um durch den Ausbau der Bundeswehr zur größten europäischen Armee neues deutsches Großmachtstreben zu rechtfertigen. Die von Pistorius geforderte „Kriegstüchtigkeit“ dient nicht dem Frieden, sondern erhöht die Kriegsge-

fahr. Mit dieser Politik werden Nationalismus, Militarisierung sowie Aufrüstung begründet, der anhaltende Rechtsruck verstärkt und – angesichts „leerer Kassen“ – der Sozialabbau gerechtfertigt.

Generalstreik gegen Generalangriff

Gegen diesen Generalangriff hilft nur die Gegenwehr in den Betrieben und auf der Straße, bis hin zum Generalstreik.

Die Gewerkschaften sind bei Strafe ihres weiteren Niedergangs dazu verpflichtet, endlich den Widerstand gegen Abbau zu organisieren und gemeinsam für spürbare Erhöhungen der Löhne, der Grundsicherung, der Renten, für Preisdeckel bei Mieten, Lebensmitteln und Energieversorgung sowie für ein dem Gemeinwohl verpflichtetes Pflege- und Gesundheitssystem zu kämpfen.

Wann, wenn nicht jetzt, ist es an der Zeit sich auf das Recht zum Widerstand nach Artikel 20 (4) Grundgesetz zu berufen?

Werden wir also selbst aktiv. Überall wo wir leben, lernen und arbeiten können wir über die Agenda-Politik aufklären und nicht nur Protest, sondern auch Gegenwehr organisieren.

Wir können uns besser vernetzen und solidarisch unseren gemeinsamen Widerstand auf die Straße und in die Arbeitswelt tragen. Insbesondere gilt es, alle entsprechenden betrieblichen und gewerkschaftlichen Initiativen und Mobilisierungen zu unterstützen und zu stärken. Nur so kann es gelingen, die gewerkschaftliche Gegenmacht wirksam werden zu lassen und den Agenda-Irrsinn zu stoppen.

Millionen sind stärker als Milliardäre! Unser Leben ist mehr wert als deren Profite! ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2013.

Foto: Helmut Roos.

Antikriegstag 2026

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

H. S.

Der Antikriegstag erinnert an den Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939. Über 60 Millionen Tote, davon allein 27 Millionen Tote in der Sowjetunion, waren eine der verbrecherischen Folgen der faschistischen Kriegstreiberei.

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ Das war die Hoffnung von Menschen, welche die Gräueltaten des Faschismus und des Krieges erlebt hatten. Leider ist die Gefahr von Faschismus und Krieg heute wieder sehr viel größer geworden.

AfD auf dem Vormarsch

Diese Bedrohung zeigt sich nicht nur im Erstarken der faschistischen AfD. Bei den im September anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht sie, stärkste bzw. zweitstärkste Partei zu werden.

Sie zeigt sich auch darin, dass die Bundeswehr zur Kriegsführung „ertüchtigt“ und laut Kanzler Merz zur stärksten Armee Europas aufgerüstet werden soll.

Zur Finanzierung der Aufrüstung sieht die Haushaltsplanung massive Erhöhungen bis 2029 vor. Diese von der „Schuldenbremse“ ausgenommenen Ausgaben sollen sich 2029 auf 167,8 Mrd. Euro bzw. 3,5 % des BIP summieren. Dazu werden höchstwahrscheinlich weitere Milliarden für militärische Infrastrukturausgaben bis zur Höhe von 1,5 % des BIP kommen. In der Summe wären das Rüstungsausgaben von rund 240 Mrd. Euro.

Militärische Bedrohungsszenarien

Um die Zustimmung der Bevölkerung für diese wahnwitzigen Rüstungsausgaben zu vergrößern, werden Bedrohungsszenarien propagiert. Unablässig wird das Feindbild Russland verstärkt und ein angeblich bevorstehender Angriff auf Deutschland behauptet. Der verbrecherische russische Überfall auf die Ukraine war ein blutiges Geschenk für diese Propaganda.

Aber wie sind die realen militärischen Kräfteverhältnisse? Die Rüstungsausgaben der NATO-Staaten summierten sich 2025 laut SIPRI auf über 1,5 Billionen Dollar.

Die entsprechenden Unkosten Russlands waren 190 Milliarden, d. h. weniger als ein Drittel der 627 Mrd. Dollar der europäischen NATO-Staaten. Zudem sind letztere Russland in allen Waffengattungen, außer bei den Atomwaffen, deutlich überlegen.

Kein Geld für Soziales

Während hunderte Milliarden Euro für Aufrüstung vergeudet werden, ist Sozialpolitik angeblich nicht mehr finanzierbar. Beim Bürgergeld wird massiv gekürzt. Bei der Gesundheit wird mehr „Eigenverantwortung“ gefordert. Das heißt: Gesundheit ist noch mehr als bisher vom Einkommen abhängig. Geld für das marode Bildungssystem, für bezahlbaren Wohnraum, Kindergrundsicherung, eine auskömmliche Rente und eine gute Pflege? Fehlanzeige.

Das, was die Aufrüstung an Kosten verschlingt, fehlt in der Sozialpolitik. Bereits in der Endphase der Weimarer Republik führte fehlende Sozialpolitik im Verbund mit Massenarbeitslosigkeit und Existenzangst zum Erstarken der Faschisten.

Kriege ohne Ende?

Schon längst ist vor allem Deutschland durch Waffenlieferungen an die Ukraine in den dortigen Krieg involviert. Bei der „Militärhilfe“ des Westens für die Ukraine geht es nicht um die dortige Bevölkerung oder um das Völkerrecht. Es geht um geopolitische Machtinteressen, um die Ausweitung des militärischen und ökonomischen Einflusses.

Von diesem Krieg ist vor allem die ukrainische Bevölkerung massiv betroffen. Um das Töten zu beenden, braucht es dringenden Waffenstillstands- und danach Friedensverhandlungen.

Der Überfall der USA und Israels auf den Iran haben den gesamten Nahen Osten in ein Kriegsgebiet verwandelt. Die Folgen vor allem für die Menschen im Iran



sind verheerend. Auch in diesem Krieg geht es um geopolitische Machtinteressen. Netanjahu will ein Groß-Israel unter Einbeziehung Palästinas durchsetzen und den Iran entscheidend schwächen. Ohne die anhaltende militärische Unterstützung der USA und der BRD ist das nicht möglich.

Butter statt Kanonen!

Die Antikriegsbewegung steht vor enormen Herausforderungen. Sie muss nicht allein Aufrüstung und Kriegstreiberei bekämpfen, sondern die Stärkung des Antimilitarismus in den Gewerkschaften und den Umweltbewegungen fördern.

Der Widerstand gegen die Abbauvorhaben von Regierung und Kapital im Sozial- und Umweltbereich sowie in der Arbeitswelt ist mit entscheidend für einen erfolgreichen Kampf gegen die Kriegstreiber. Deshalb gilt es, dem Antimilitarismus nicht nur am Antikriegstag, sondern auch bei den DGB-Protesten am 26. September Gehör zu verschaffen.

Der Putsch der Milliardäre 2.0

U. D.

1973 putschten in Chile die Militärs gegen die Regierung Allende. Mit Gewalt, Folter und Mord setzten sie zum ersten Mal in einem Land das neoliberale Profitprogramm der Milliardäre durch. Sie beseitigten soziale und demokratische Rechte und verboten linke Parteien und Gewerkschaften.

Der aktuelle Putsch der Superreichen wird diesmal nicht von Generälen, sondern in Konzernzentralen, Stiftungen, Medien- und Tech-Konzernen und Lobbybüros organisiert. Eine winzige Kapital- und Machtclique will Staat und Gesellschaft libertär und autoritär umbauen. Ihre Ziele sind dieselben wie vor 50 Jahren. So wollen sie ihren Reichtum und ihre Macht auf Kosten von Mensch und Natur noch weiter vergrößern.

Die Konzentration der Macht

Laut dem *World Inequality Report* (dt. Bericht zur weltweiten Ungleichheit) besitzt das reichste Prozent der Welt rund 37 Prozent des globalen Vermögens. *Forbes* zählte am 1. März 2026 weltweit 3.428 Milliardäre mit zusammen rund 20,1 Billionen Dollar. An der Spitze stehen Hyperreiche wie Elon Musk, Jeff Bezos und Mark Zuckerberg. Dieses angehäuften Geld verleiht ihnen Einfluss und reale Macht.

Der Klassenkampf der Milliardäre

Der laufende Putsch der Superreichen wird zwar hinter verschlossenen Türen geplant, aber er ist keine geheime Verschwörung. Er wird offen umgesetzt: Mit Lobbyismus, Stiftungen, Finanzierung von Thinktanks, Einflussnahme auf Forschung und Lehre, bezahlten Studien, Manipulation durch Medien, wirtschaftlicher Erpressung und politischen Kampagnen.

Seit Jahrzehnten verfolgen die Superreichen dabei die gleichen Ziele: niedrigere Steuern für Unternehmen und Reiche, weniger Regulierung für Unternehmen, mehr Rüstung, weniger Klimaschutz, mehr Kürzung und Privatisierung öffentlicher Dienste, weniger Demokratie, noch mehr Sozialabbau, schlechtere Arbeitsgesetze und entscheidende Schwächung der Gewerkschaften.

Um dies zu erreichen, nutzen die Milliardäre ihre Kapitalmacht. Sie kaufen Zeitungen, betreiben TV-Sender und Online-Plattformen. Sie bezahlen „Experten“, die politische Programme und Gesetze formulieren. Sie laden Politiker in exklusive Zirkel ein und finanzieren konservative, libertäre und faschistische Parteien. Sie führen Kampagnen gegen die politische Linke und bekämpfen Gewerkschaften. Sie versprechen nationalen Wohlstand und Freiheit, wollen aber einen autoritären Staat errichten, der ausschließlich ihren Profitinteressen dient.

Die ideologischen Netzwerke der Milliardäre

Weltweit fördern die Superreichen den Aufbau konservativer und libertärer Netzwerke und Stiftungen. Zum Beispiel das Atlas Network, das mit über 500 Partnerorganisationen in mehr als 100 Ländern zusammenarbeitet: in Deutschland mit dem Institut Prometheus, in Argentinien mit der Fundación Libertad y Progreso, die den ultra-libertären Präsidenten Milei unterstützt, in den USA mit der Heritage Foundation, die mit dem *Project 2025* wesentlich die Politik des US-Präsidenten Trump beeinflusst.

Tipp zum Thema:

www.ituc-csi.org/das-trump-musk-modell?lang=en

Diese globalen Netzwerke sorgen dafür, dass neoliberale und autoritär-libertäre Ideen überall und jederzeit verfügbar sind – in Politik, Medien, Wissenschaft oder schulischer und universitärer Ausbildung. Auf diese Weise werden gezielt gesellschaftliche Diskussionen und politische Entscheidungen beeinflusst.

Die Regierung der Milliardäre

Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der verschärften globalen Konkurrenz wittern diese Kreise auch in Deutschland ihre Chance. Sie fordern die Umsetzung eines harten neoliberalen Kurses. Tagtäglich stellen sie in den Medien diese Politik als alternativlos dar.

Die Regierung Merz/Klingbeil folgt aktiv diesem Kurs. Sie rüstet auf, kappt öffentliche Dienste, verschlechtert das Arbeitsrecht und die Sozialsysteme. Sie senkt Unternehmenssteuern, verringert den Klimaschutz, demontiert weiter das Asylrecht und betreibt eine Politik der gesellschaftlichen Spaltung.

Jetzt die gemeinsame Gegenwehr organisieren

Wenn wir der Kapitalmacht und ihren politischen Helfershelfern nicht entschlossen entgegentreten, werden wir am Ende mit einem weiteren Aufschwung der extremen Rechten, einer weiteren Verschlechterung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen und der weiteren Einschränkung unserer demokratischen Grund- und Menschenrechte bezahlen.

Aber der Putsch der Milliardäre kann nicht alleine, sondern nur durch die solidarische Gegenmacht der arbeitenden Klasse gestoppt werden. Dazu müssen wir überall wo wir leben, lernen und arbeiten über die Politik und die Ziele der Superreichen aufklären und die Gegenwehr gegen deren Politik organisieren. ■



Musk und Milei in Washington, 21. Februar 2025.

Foto: Gage Skidmore (Gemeinfrei CC BY-SA 2.0).

„Gerechtigkeit erkämpfen!“

Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 10. Oktober 2026

S. K.

Am 10. Oktober 2026 findet im Mannheimer Gewerkschaftshaus ab 13 Uhr, die bereits 13. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ statt.

Mit Gewerkschaftsbekämpfung und BR-Mobbing vernichtet die Kaputalseite das Engagement zahlloser aktiver Betriebsräte. Trotz dieser bedrohlichen Entwicklungen bleiben politische Reaktionen praktisch aus. Das Mannheimer Solikomitee kritisiert, dass Bundesregierung und Landesregierungen den Skandal des BR-Mobbing weiterhin ignorieren, obwohl nur noch 40 Prozent der Beschäftigten durch Betriebs- oder Personalräte vertreten werden.

In Zusammenhang mit den BR-Wahlen 2026 haben sich die Angriffe auf aktive Betriebsratsmitglieder deutlich verschärft. Das Mannheimer Solikomitee spricht von einer „alarmierenden Hemmungslosigkeit“ gegenüber Menschen, die ihre gesetzlichen Rechte wahrnehmen.

Tesla – die Spitze des Eisbergs

Für den Faschistenfreund Musk dürfen Tarifverträge und Betriebsräte, die diesen Namen verdienen, keinen Platz in seiner „Giga-factory Berlin-Brandenburg“ haben. In Trump-Manier schwadronierte er vom Wachstum der Fabrik zum größten Industriekomplex in Europa. Diese „großartige“ Vision sei allerdings bedroht, „wenn externe Organisationen die Dinge in die falsche Richtung treiben“ und „uns von außen das Leben schwer gemacht wird“.

Schon im Vorfeld der BR-Wahlen beeinflusste das Tesla-Management die Belegschaft massiv. Es warnte vor der Wahl der IG Metall-Liste in Versammlungen und in Einzelsprachen durch Vorgesetzte. Letztere verteilten Anstecker mit der Aufschrift „Giga Ja – Gewerkschaft Nein“. Medienwirksam wurde das Abführen eines Gewerkschaftssekretärs aus dem Betrieb inszeniert. Sprüche gegen die IGM beschallten, ganz in der Tradition totalitärer Systeme, die Tesla-Arbeiter:innen – sogar auf den Toiletten.

Der Versuch der IG Metall, bei den Betriebsratswahlen Anfang März 2026 in diesem riesigen Autowerk mit rund 11.000 Be-

Weitere Infos gibt es hier:

<https://gegen-br-mobbing.de/>
https://www.instagram.com/br_soli/
<https://mastodon.social/@gegenbrmobbing>

Anmeldung über folgende Adressen:

Per E-Mail: solidaritaet@gegen-br-mobbing.de

Per Post: Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim

schäftigten endlich die Mehrheit im BR-Gremium zu erreichen, scheiterte erneut.

Elf Listen waren zur Wahl angetreten. Die Liste „IG Metall – Tesla Workers GFFB“ wurde zwar dank eines engagierten Wahlkampfes und erheblicher organisatorischer Anstrengungen zweitstärkste Kraft mit 13 BR-Mandaten. Die meisten Stimmen erhielt jedoch die Liste der durch die Firmenleitung von außen angeheueren bisherigen BR-Vorsitzenden Schmitz. Auf das unter ihrer Kontrolle formierte Bündnis „Giga United“ der zehn gelben, gewerkschaftsfeindlichen Listen fielen 24 der 37 Sitze im BR-Gremium.

Widerstand gegen Willkür?

Drei Wochen nach der Bekanntgabe des BR-Wahlergebnisses bei Tesla, kamen dann aus der Frankfurter IGM-Zentrale überraschende Töne. Die Gewerkschaft verkündete die Anfechtung der BR-Wahl bei Tesla nach § 19 Betriebsverfassungsgesetz.

Die Erste Vorsitzende der Gewerkschaft, Christiane Benner, ließ sich so zitieren: „Der Eindruck, dass die Wahl bei Tesla durch Drohungen beeinflusst wurde, ist zu schwerwiegend, als dies nicht gerichtlich zu klären.“ Kein Widerspruch!

Wenn sie aber „dringend noch wirksameres gesetzliches Vorgehen gegen Union Busting“ einfordert, dann ist sie daran zu erinnern, dass dies bereits der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 2015 beschlossen hat.

BR-Mobbing stoppen!

Mit der Mannheimer Tagung am 10. Oktober wollen die Veranstalter klare Zeichen setzen – für die Durchsetzung demokratische Rechte in der Arbeitswelt und ein Ende die Bekämpfung von gewerkschaftlich Aktiven. Zudem sollen der solidarische Erfahrungsaustausch und die Vernetzung praktischer Unterstützung weiter gestärkt werden.

Neben der Analyse von Erfolgen bei BR-Wahlen trotz Mobbing und der Lage in Musks Tesla-Imperium steht die Stärkung der betrieblichen Gegenmacht auf dem sehr interessanten Programm der Zusammenkunft.



Protest vor der BDA-Zentrale in Berlin, 4. Mai 2024.

Foto: Privat.

„Schluss jetzt. Protest, Widerstand, Streik!“ (I)

Kämpferische IGM-Vorhut aus Untertürkheim

H. N.

Das Mercedes-Benz-Werk Untertürkheim hat aufgrund seiner Tradition eine besondere Stellung. Nicht nur für die Entwicklung und die Produktion von Kraftfahrzeugen, sondern immer wieder auch für die Entwicklung der IG Metall.

Aktuell machen die IGM-Vertrauensleute (VL) des Werks erneut von sich reden. Ihre Reaktion auf die zunehmenden Angriffe der Konzernspitze und der Bundesregierung ist klar: „Schluss jetzt. Protest, Widerstand, Streik! Die Bosse wollen Klassenkampf? Können sie haben!“:

„Arbeiten für weniger Geld“?

In ihrer Resolution vom 19. Juni 2026 kritisieren sie scharf, dass fast täglich Konzernvorstände Arbeitsplatzabbau und Kürzungen zulasten der Beschäftigten ankündigen. Auch die Regierung bekämpft die Beschäftigten, indem sie den 8-Studentag abschaffen will: „Wir sollen *länger arbeiten*, für das gleiche Geld oder sogar für noch weniger.“

„Zusätzlich“, so die VL-Erklärung, „plant sie [die Regierung] die ‚Rente mit 70‘. Wir sollen *arbeiten, bis wir sterben*. Das Bürgergeld wird zur [...] ‚Grundsicherung‘. Wir sollen also gezwungen sein, auch noch die letzte mies bezahlte Stelle anzutreten, wenn die Bosse unseren Job vernichten.“

Und weiter in aller Deutlichkeit: „Das Gesundheitssystem wird kaputtgespart und medizinische Versorgung zunehmend zu einem *Privileg für Reiche*.“

Aufrüstung und Sozialabbau

In offenem Gegensatz zu der faktischen Zustimmung der Gewerkschaftsspitzen zur Aufrüstung schreiben die Untertürkheimer VL: „Das Geld, was in den Sozialkassen durch die Sparmaßnahmen fehlt, fließt auch in die Aufrüstung. *Unsere Jugend soll wieder für die Profite der Konzerne in den Krieg ziehen*.“

Den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit benennen die Kolleg:innen wie folgt: „Sie wollen auf unsere Kosten ihre Krise überwinden und noch reicher werden. Wir dagegen wollen einen guten Job, soziale Sicherheit und Frieden. *Doch das gibt es nicht von selbst*. Sich selbst leidtun, auf eine ‚Alternative für Deutschland‘ hoffen oder Bitten und Betteln bei der Regierung hilft nicht.“

Deshalb rufen die IGM-VL dazu auf, Demonstrationen und Streiks zu organisieren.

Die Resolution der Untertürkheimer Metaller:innen kritisiert also ausdrücklich Mercedes-Konzernvorstand wie Regierung. Sie fordert von der IG Metall gewerkschaftlichen Widerstand und eine dementsprechende Orientierung auch von anderen Vertrauenskörpern und Belegschaften.

„Gegen die Gier der Bosse“

Immerhin haben danach fünf IGM-Ortsjugendausschüsse im Bezirk Baden-Württemberg und die JAV Mercedes-Benz Untertürkheim diese Positionierung als Blaupause benutzt und sich „den Worten der Vertrauensleute aus Untertürkheim“ angeschlossen:

- „Bessere Politik braucht unseren gewerkschaftlichen und politischen Kampf! Deshalb warten wir nicht, bis uns jemand bittet zu protestieren. Wir fangen damit an!“
- Wir diskutieren wieder stärker politisch mit unseren Kolleg:innen vor Ort im Betrieb. Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
- Wir nutzen jede Gelegenheit, um die Bosse und ihre Regierung zu kritisieren. Zukünftig gibt es keine Jugendversammlung, keine JAV-Sitzung, keine OJA-Sitzung ohne politische Diskussion.
- Auch wenn wir am Anfang wenige oder allein sind: Wenn wir die Stimme erheben und Haltung zeigen, werden wir mehr.
- Sobald die Stimmung in der Belegschaft reif ist, organisieren wir Protest – im Betrieb und in der Stadt.
- Wir engagieren uns in unserer Gewerkschaft und fordern Demonstrationen gegen die Gier der Bosse, gegen die Regierung und für eine bessere Zukunft – bis hin zum Streik. Und wenn die Gewerkschaftsspitzen zögern, dann machen wir es selbst.“

„Generalstreik gegen Generalangriff“

Bei der Protest-Aktion in Stuttgart am 3. Juli 2026 legte der stellvertretende Untertürkheimer BR-Vorsitzende Michael Clauss nach: „Das ist ein Generalangriff auf unsere Standards bei Mercedes, aber auch auf unsere Standards, was die Sozialleistungen und unsere Zukunft [...] anbetrifft. [...] Dieser Generalangriff braucht eins – eine Generalmobilmachung, und das werden wir jetzt tun. [...] Wir werden gemeinsam eine Generalverteidigung fahren. Und weil dieses Wort ja immer sehr umstritten ist in Deutschland: Einen Generalstreik muss man nicht ausrufen. Der passiert halt dann, und wenn ihr das wollt, dann kriegt Ihr's halt.“ ■



DGB-Sozialstaatskonferenz in Mannheim

Kämpferische Stimmung für Streiks

O. T.

Am 24. Juli 2026 fand im großen Saal des Mannheimer Gewerkschaftshauses die Sozialstaatskonferenz des DGB-Nordbaden statt. Das Motto lautete: „Nicht geschenkt – hart verdient – Sozialstaat schützen!“

Etwa 140 interessierte Gewerkschaftsmitglieder, darunter viele Vertrauensleute, aber auch einige Betriebsratsmitglieder und Hauptamtliche waren der Einladung des DGB gefolgt. Themen der Zusammenkunft waren der 8-Studentag (Referent: Frank Brenscheidt, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin), Gesundheit (Referent: Lars Treusch, Geschäftsführer DGB-Nordbaden), Rente (Referent: Kai Burmeister, DGB-Vorsitzender BA-WÜ) und Pflege (Manuela Wieland, AWO-Mannheim).

Streiken statt Wegducken

Nach den jeweiligen inhaltlichen Einleitungen konnte über die aktuellen Angriffe von Kapital und Bundesregierung auf den Sozialstaat diskutiert werden. Interessant war, dass nach den ausführlichen Referaten vergleichsweise wenige Nachfragen inhaltlicher Art gestellt wurden. Die allermeisten Beiträge der vielen Diskussionsredner:innen hinterfragten kritisch das bisher sehr passive Verhalten der Gewerkschaften.

Angesichts des Generalangriffs auf die sozialen und tariflichen Errungenschaften wurde bemängelt, dass die bisher geplanten Proteste wie der bundesweite Aktionsstag am 26. September 2026 zu defensiv

und viel zu spät angesetzt worden sind. In diesem Zusammenhang wurden von verschiedenen Teilnehmer:innen umfassende Streiks bis hin zum Generalstreik gefordert.

Massiv wurde die politische Anbindung der Gewerkschaftsführungen an die Regierungspartei SPD und der immer noch anhaltende sozialpartnerschaftliche Kurs des DGB und seiner Organisationen kritisiert. Oft hieß es, dass sich Gewerkschaften nicht vor den Karren irgendeiner Partei spannen lassen dürfen.

Das gilt nicht zuletzt für die Problematik der massiven Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft. Die Regierungsparteien propagieren diese als notwendig und alternativlos. Seitens der Gewerkschaftspitzen wird zu dieser verhängnisvollen Politik – wenn überhaupt – nur zaghaft Widerspruch geäußert. Das ist umso fataler, als die fehlenden Gelder für Soziales eine besonders verheerende Folge der massiven und extrem teuren Aufrüstung sind.

Aufrüstung und Sozialabbau

Sozialabbau und Aufrüstung sind, so die mehrfach geäußerte Meinung, die zwei Seiten einer Medaille. Deshalb müssen sie auch zusammen bekämpft werden. Insbesondere der schon begonnene Umbau von

Zivilwirtschaft auf Rüstungs- bzw. Kriegswirtschaft etwa in der Autoindustrie darf nicht zugelassen werden.

Bezüglich der anstehenden Tarifrunden sowohl bei der IG Metall als auch bei ver.di und allen anderen Gewerkschaften waren die geäußerten Positionen eindeutig: Ohne Streiks wird sich nichts Wesentliches bewegen. Deshalb, so die Schlussfolgerung, müssen die Belegschaften frühzeitig auf den Arbeitskampf vorbereitet werden. Angesichts der geplanten Massenentlassungen in der Autoindustrie aber auch in anderen Branchen gilt es, die Aktualität der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich endlich wieder zu betonen.

Insgesamt war die Stimmung eines Großteils der Kolleg:innen, die an der Sozialstaatskonferenz teilnahmen, sehr kämpferisch. Manche waren aber auch wegen der bisherigen passiven Gewerkschaftspolitik in Sachen Sozialabbau sehr frustriert.

Es bleibt zu hoffen, dass die anwesenden ehren- und hauptamtlichen Funktionär:innen die kämpferischen Positionierungen als Auftrag wahrgenommen haben. Denn jetzt gilt es, sich gemeinsam dem Kapital und der Regierung zu widersetzen. ■



Kundgebung „SOS Sozialstaat“ in Mannheim, 28. Juli 2026.

Foto: Helmut Roos.

„Generalangriff von Regierung & Kapital – Was tun?“ Mutmachender Infoabend der ISO Rhein-Neckar

S. H.

„Generalangriff von Regierung und Kapital – Was tun?“ lautete die Fragestellung, um die sich der Infoabend der ISO in Mannheim am 17. Juli 2026 drehte. In seinem interessanten Vortrag ging unser Referent auf die aktuelle Offensive der Herrschenden und deren Hintergründe ein.

Zunächst beschrieb er die Vielschichtigkeit der zahlreichen Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft. Zum Beispiel die ökonomische Krise als Folge der Konkurrenz, die zunehmende Armut und soziale Ungleichheit bei gleichzeitig explodierendem Reichtum, die ökologische Zerstörung als Folge ungebremsen Wachstums und die beschleunigte Aufrüstung und Kriegstreiberei.

Anhaltender Rechtsruck

Diese Entwicklungen fördern die Ausbreitung neoliberaler, autoritärer und faschistischer Positionen. Durch die neoliberale Ausrichtung der vorherrschenden Politik führt das zu Angriffen auf öffentliche Dienste und Sozialsysteme. Deren massive Einschränkung vertieft wiederum die Krise der parlamentarischen Demokratie und fördert deren zunehmende Infragestellung.

Angesichts der nicht überwundenen Krise der Linken und der Gewerkschaftsbewegung werden Lösungen aber eher nicht im solidarischen Lager, sondern viel mehr im rechten Spektrum gesucht. Die Folgen sind wachsende Ausgrenzung von Geflüchteten, die für ihre eigene Misere verantwortlich gemacht werden, oder von queeren Menschen und von Frauen. Menschenwürde, Grundrechte und Solidarität bleiben dabei auf der Strecke.

Unser Referent stellte dar, dass die Vielfachkrisen alle die gleiche Wurzel haben, nämlich das kapitalistische Profitsystem. Es beruht auf allseitiger Konkurrenz und verhindert wirksame Krisenlösungen.

Globaler Neoliberalismus

Der Neoliberalismus, der sich nach dem Militärputsch in Chile 1973 erstmals durchsetzen konnte, hat sich seitdem global verbreitet. Neoliberalismus bedeutet: Rückführung der Staatsquote, Privatisierung ehemals staatlicher Aufgaben und Deregulierung des Kapitalverkehrs. Alle Bereiche des Lebens werden der Profitmaximierung untergeordnet. Für Deutschland bedeutet das seit rund 50 Jahren Sozialabbau, unabhängig von der jeweiligen Regierungskoalition.

Im weiteren Verlauf des Vortrags ging es um den gewerkschaftlichen Widerstand gegen die neoliberale Politik. Es wurde deutlich, dass die Gegenwehr fast immer viel zu schwach war und deshalb, wenn überhaupt, nur gewerkschaftliche Teilerfolge erzielt werden konnten.

Dies war und ist im Wesentlichen auf den sozialpartnerschaftlichen Kurs der Gewerkschaftsführungen zurückzuführen. Diese Orientierung verhindert in Verbindung mit der Standortlogik und dem Co-Management von Betriebsräten die Entwicklung politischen Klassenbewusstseins. Sie schwächt nicht nur die Ge-

werkschaften, sondern die gesamte arbeitende Klasse.

Deshalb muss dieser Kurs bekämpft werden. Das Kräfteverhältnis kann nur dann zu Gunsten der arbeitenden Klasse verändert werden, wenn jene sich ihrer eigenen Interessen wieder bewusst wird. Durch ihren gemeinsamen Kampf kann sie die Entscheidungshoheit des Kapitals in Politik und Wirtschaft in Frage stellen.

Wachsender Unmut

Unser Referent gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich gerade in dieser Hinsicht etwas tut. In verschiedenen Gewerkschaftsbasisgruppen wächst der Unmut über die Untätigkeit der Führungen.

Ein besonders positives Beispiel ist der IGM-Vertrauensleutekörper bei Mercedes-Benz Untertürkheim. In einer mutmachenden Resolution fordert er, einen entschiedenen gewerkschaftlichen Widerstand „gegen die Gier der Bosse, gegen die Regierung und für eine bessere Zukunft zu organisieren“.

Solidarische Diskussion

In der nachfolgenden Diskussion kam unter anderem der Zusammenhang zwischen Sozialkürzungen und der enormen Aufrüstung zur Sprache. Die Kosten der „Kriegstüchtigkeit“ werden vor allem von den abhängig Beschäftigten bezahlt. Das für Aufrüstung vergeudete Geld fehlt für soziale und ökologische Belange. Gewerkschaften, Friedens- und Umweltbewegung müssen deshalb viel enger kooperieren.

Unsere Veranstaltung hat Mut gemacht, sich dem Generalangriff und der damit verbundenen Militarisierung noch mehr zu widersetzen. ■



DGB-Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2026.

Foto: Helmut Roos.

Land und Freiheit

Bewegender ISO-Infoabend zum spanischen Bürgerkrieg

A. N.

Zum 90. Mal jährt sich die spanische Revolution von 1936. Auf unserem Infoabend im August konnten wir uns durch einen sehr gut recherchierten Film einen Einblick in die damaligen Geschehnisse verschaffen.

Dabei bekamen wir auch eine Ahnung davon, was der Kampf gegen die put schenden Franco-Truppen für die oppositionellen, linken Aktivist:innen persönlich bedeutete.

Von damals für heute lernen?

Aber warum sollten wir uns mit diesem Ereignis auseinandersetzen? Ist es nicht viel dringender, dass wir uns mit den aktuellen politischen Entwicklungen und Möglichkeiten der Gegenwehr befassen?

In der Auseinandersetzung mit der spanischen Revolution stoßen wir auf viele Themen und Fragen, die uns brandaktuell erscheinen: Wie kann eine faschistische Bewegung zurückgeschlagen werden? Wie gehen wir mit politischen Unterschieden innerhalb der antifaschistischen Bewegung um? Welche Rolle spielen Geschlechterverhältnisse dabei? Wie lassen sich Politik, Betriebe und Militär anders, basisdemokratisch organisieren?

Worum ging es?

Zunächst wollen wir hier einen kurzen Einblick in die geschichtlichen Zusammenhänge geben, um dann einige dieser Fragen in ihrem historischen Kontext zu betrachten.

Am 16. Februar 1936 setzte sich in der Zweiten Spanischen Republik das Volksfront-Bündnis *Frente Popular* von Sozial-

listen, „Kommunisten“ und Republikanern bei den Wahlen gegen die „Nationale Front“ aus Rechten, Monarchisten und Großgrundbesitzern durch.

Am 17. Juli 1936 begann das Militär einen Putsch gegen die Volksfront-Regierung. Die organisierten Arbeiter:innen reagierten mit einem Generalstreik und begannen eine soziale Revolution. Sie vereitelten einen Erfolg der Putschisten. Sie stellten Betriebe unter Arbeiterkontrolle und ermutigten die arme Landbevölkerung zur Enteignung des Großgrundbesitzes.

Es entbrannte ein Bürgerkrieg. Er sollte sich über drei Jahre hinziehen, bis schließlich die Putschisten siegten. Die nachfolgende Diktatur Francos blieb bis zu dessen Tod 1975 bestehen.

„No pasaran“?

Den spanischen Widerstand einte – zunächst – die Parole „No pasaran“: Die Faschisten werden nicht durchkommen. Diese Parole hatte eine sehr reale Bedeutung. Antifaschist:innen und Faschisten kämpften militärisch gegeneinander um Gebiete und insbesondere um die wichtigsten Städte.

Bemerkenswert ist dabei auch der internationalistische Charakter des Antifaschismus: In den Internationalen Brigaden und anderen Milizeinheiten schlossen sich tausende Antifaschist:innen aus anderen Ländern dem Kampf an. Sie wussten: Den Aufstieg des Faschismus weltweit konnten sie nur gemeinsam verhindern.

Soziale Revolution: Menschlich sein

Zu Beginn der Revolution spielten anarchistische und gewerkschaftliche Kräfte eine große Rolle. Sie arbeiteten eng mit der POUM (Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit) zusammen, die unserer revolutionär-sozialistischen Bewegung nahestand. Neben dem politischen und militärischen Kampf stand für sie die soziale Revolution im Vordergrund. Diese zeigte sich etwa

in dem Abbau gesellschaftlicher Hierarchien. Auch Frauen konnten erstmals öffentlich politisch in Erscheinung treten. Sie übernahmen Verantwortung und kämpften für wenige Monate auch in den revolutionären Milizen gegen die Faschisten.

Konterrevolution ...

Letztlich konnten die revolutionären Antifaschist:innen ihre Erfolge nicht halten. Das hatte zum einen äußere Gründe. So wurden Francos faschistische Truppen massiv von den faschistischen Diktaturen Deutschlands und Italiens unterstützt.

Die Antifaschist:innen erhielten ihre veralteten Waffen insbesondere aus der Sowjetunion. Dort hatten gerade die brutalen Schauprozesse gegen revolutionäre Gegner Stalins begonnen. Die stalinistische Verfolgung und Ermordung von Revolutionären hielt bald auch in Spanien Einzug.

Das stalinistische Regime in Moskau strebte „Glaubwürdigkeit“ bei den „westlichen Demokratien“ an. Deshalb verknüpfte es seine Waffenlieferungen an die spanische Republik mit der Unterdrückung der sozialrevolutionären Bewegung und der Auflösung ihrer Milizen.

Die spanische Volksfrontregierung unterdrückte daher die soziale Revolution von unten. Sie löste die revolutionären Milizen der anarchistischen CNT/FAI und der POUM auf. Bei der Stärkung der „republikanischen“ Konterrevolution spielte der Stalinismus eine entscheidende Rolle.

... und Sieg des Faschismus

Der Sieg des Faschismus wurde also auch durch die konterrevolutionären Kräfte aufseiten der Republik und ihrer Rolle in der Volksfrontregierung ermöglicht. Ein Fehler, der sich in Zeiten der erneuten – atomaren – Aufrüstung und der sich entrollenden Klimakatastrophe nicht wiederholen darf. Hier muss ein vereintes und konsequentes „No pasaran“ gelten! ■



Milizionärinnen in Katalonien, 1936.

„Kriegstüchtigkeit“ statt Friedensfähigkeit?

Starkes Sommerseminar der ISO Rhein-Neckar

B. N.

Wie brandaktuell das Thema unseres diesjährigen Sommerseminars war, zeigte sich schon an der erfreulich großen Zahl von Teilnehmenden. Trotz drückender Hitze beteiligten sich alle aktiv an den Gruppen-Arbeitsphasen und den Diskussionen im Plenum.

Im ersten Block führte uns ein ausführlicher, gut recherchierter Vortrag die bedrohliche Lage vor Augen: weltweit steigende Rüstungsausgaben, atomares Aufrüsten, neue und alte kriegerische Auseinandersetzungen in verschiedensten Teilen der Welt. Häufig spielen dabei die Interessen imperialer Mächte eine Rolle.

Die Bedrohung zeigt sich jedoch auch im ideologischen Bereich. Als unser Referent einige klassische Kennzeichen von Propaganda aufzeigte, bedurfte es keiner weiteren Erläuterung: Was wir von Politiker:innen, in öffentlichen Debatten und in den öffentlich-rechtlichen Medien seit Beginn des Ukraine-Kriegs erleben, ist reine Kriegspropaganda. Deutschland soll wieder „kriegstüchtig“ werden.

Der Krieg und die arbeitende Klasse

Im zweiten Block ging unsere Referentin auf den Zusammenhang zwischen Krieg und der Lage der arbeitenden Klasse ein. Während die arbeitende Klasse am meisten unter Kriegen leidet, ist sie auch die Klasse, die dem Krieg seine Grundlagen entziehen kann. Dazu muss sie allerdings die Kontrolle der Produktion demokratisch und selbstverwaltet in ihre eigenen Hände nehmen. So weit entfernt das auch klingt, ohne eine entsprechende Gesellschaftsordnung droht der Menschheit ihre (nahezu) komplette Auslöschung.

Antikriegsbewegungen des 20. Jahrhunderts

Im 20. Jahrhundert haben sich immer wieder Menschen gegen den Krieg gestellt. Als größte Antikriegsbewegungen können die Februar- und die Oktoberrevolution in Russland 1917 und die Novemberrevolution in Deutschland 1918 betrachtet werden. Sie führten zur Beendigung des Ersten Weltkriegs.

Zwei Gruppen des Seminars setzten sich intensiv mit der Novemberrevolution auseinander. Diese veränderte Deutschland nach vier Jahren Weltkrieg. Die Masse der Menschen lebte im Elend. Als die Matrosen 1918 zur aussichtslosen letzten Schlacht für die „Ehre“ der Admiräle aufbrechen sollten, verweigerten sie sich den Befehlen.

Die Revolution nahm ihren Lauf. Sie konnte aufbauen auf einer weit verbreiteten antikapitalistischen und antimilitaristischen Ideologie. In Betrieben und im Militär bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte. Es fehlte jedoch eine revolutionär-sozialistische Massenpartei. So wurde die Revolution bekämpft von der Führung der Mehrheits- SPD. Sie hatte schon vier Jahre zuvor die arbeitende Klasse verraten, als sie für die Kriegskredite stimmte. Nun schlug sie die Revolution mithilfe faschistischer Freikorps und von Regierungstruppen blutig nieder. Zehntausende Arbeiter:innen wurden ermordet. Der Grundstein für den Siegeszug des Faschismus war gelegt.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich in Deutschland die Friedensbewegung. Zwei Seminargruppen setzten sich mit dem Kapitel der Antiraketenbewegung von 1979 bis 1983 auseinander. Sie betonten das breite Bündnis, das verschiedene gesellschaftliche Sektoren im Kampf gegen die atomare Aufrüstung vereinte.

Einige Seminar-Teilnehmende erinnerten sich, dass damals eine solidarische Grundstimmung geherrscht hat. Die Bevölkerung war der Bewegung gegenüber insgesamt positiv gestimmt. Man war international vernetzt. Allerdings wurde die herrschende Klasse nicht an sich herausgefordert. Einige Erfolge wie Abrüstungsverträge können zum Teil mit auf die Bewegung zurückgeführt werden. Insgesamt blieb der Einfluss auf die Machtverhältnisse jedoch begrenzt. In den Betrieben entwickelte sich keine ausreichende Gegenwehr.

Und heute?

Die aktuelle Antikriegsbewegung erscheint klein und schwach. Die Seminar-Teilnehmenden beobachteten aber ein steigendes Bewusstsein für die steigende militärische Bedrohung. Schüler:innen streikten zu Zehntausenden gegen die Kriegsdienstplicht und bereiten weiteren Protest vor.

In Gewerkschaften und Betrieben bilden sich immer mehr Initiativen, die sich dem teils schon militaristischen Kuschelkurs der Gewerkschaftsführungen mit Politik und Kapital entgegenstellen. Einige unternehmen Anläufe zur Vernetzung.

Auch die Seminar-Teilnehmenden wollen sich in ihrem Umfeld für eine Einheit und gemeinsame Aktionen der antimilitaristischen Akteure einsetzen. Hierzu bleiben wir im Austausch. Denn der Kriegskurs der Herrschenden kann nur mit vereinter Gegenwehr aufgehalten werden. ■



Schulstreik gegen „Wehrpflicht“ in Mannheim, 27. März 2026.

Foto: KIM.

Erster Moskauer Schauprozess 1936

Der Auftakt zu einem „politischen Genozid“

E. B.

Vom 19. bis 24. August 1936 fand der erste Moskauer Schauprozess im „Oktobersaal“ des örtlichen Gewerkschaftshauses statt.

In diesem von Stalin und seinen Handlangern inszenierten Verfahren gegen das „trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum“ wurden Anklagen gegen 16 Personen (u. a. führende alte Bolschewiki wie Kamenjew und Sinowjew) „verhandelt“.

Chefankläger war der ehemalige Menschewik (Sozialdemokrat) Wyschinski. Er behauptete, die Angeklagten hätten sich mit Trotzki und ausländischen Agenten zum „Sturz der Sowjetmacht“ verschworen. Dieser Vorwurf war frei erfunden.

Durch Folter und psychischen Druck erzwungene „Geständnisse“ sollten die Todesurteile gegen alle 16 Angeklagten und ihre Erschießung am 25. August 1936 rechtfertigen.

Im Januar 1937 fand ein zweites Verfahren, diesmal gegen weitere 13 Beschuldigte (u. a. Revolutionäre wie Pjatakow und Radek) statt. Im März 1938 folgte schließlich der dritte Schauprozess – gegen 21 „Verschwörer“ und „Terroristen“ (darunter weitere führende Alt-Bolschewiki wie Bucharin und Rakowski).

Die Schauprozesse dienten einerseits der „Rechtfertigung“ des stalinistischen Massenterrors, dem von 1936-1938 mehrere Millionen Menschen zum Opfer fielen. Andererseits sollten sie von diesen verbrecherischen „Säuberungen“ ablenken.

Der Sozialist Isaac Deutscher bezeichnete den „Großen Terror“ Stalins und seiner Helfer sehr zu Recht als einen „politischen Genozid“.



ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 01.09.2026, 15:30 Uhr, Demo zum Antikriegstag, Plankenkopf, MA
- DI, 01.09.2026, 16:30 Uhr, Kundgebung zum Antikriegstag, Marktplatz, MA
- DI, 01.09.2026, 18:00 Uhr (Einlass), Kulturveranstaltung zum Antikriegstag mit Bernd Köhler u. a., Haus der evangelischen Kirche, M 1, 1a, MA
- DO, 03.09.2026, 19:00 Uhr, Veranstaltung „Kriegstüchtig an allen Fronten“, Ver.di-Haus, Kaiser-Wilhelm-Str. 7, LU
- DI, 15.09.2026, 18:00 Uhr, Lechleiter-Gedenken, Lechleiter-Platz, MA
- DO, 17.09.2026, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, IGM-Konferenzraum, Gewerkschaftshaus, MA
- FR, 25.09.26, 11:00 Uhr, Schulstreik gegen „Wehrpflicht“, Stadtbücherei, HD
- FR, 25.09.26, 11:30 Uhr, Schulstreik gegen „Wehrpflicht“, Plankenkopf, MA
- FR, 25.09.2026, 19 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- SAM, 26.09.2026, 11:55 Uhr, DGB-Kundgebung gegen Sozialabbau, Schloßplatz, Stuttgart (Abfahrt ab MA – Anmeldung bis 31.08.26 unter <https://t1p.de/4jn0k>)

Vorschau

- SAM, 03.10.26, Antikriegsdemo, Schloßplatz, Stuttgart
- SAM, 10.10.26, 13:00 Uhr, 13. Bundeskonferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus, MA



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VdSP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

